

## Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien

Anmerkungen zur Weiterentwicklung politologischer  
Parteien-Typologien

*Klaus von Beyme*

*Parteien gehören seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu den bestimmenden Kräften demokratischer politischer Systeme. „Nicht die „Demokratie“, sondern die Parteienherrschaft ist universalgeschichtlich betrachtet der eigentliche Erbe der bis zum Beginn dieses Jahrhunderts vorwiegend monarchischen Ordnung“ schrieb Wilhelm Hennis 1977 in einem grundlegenden politikwissenschaftlichen Aufsatz zu Parteienstruktur und Regierbarkeit (S. 157). Seit dieser Zeit gibt es Versuche von Politikwissenschaftlern und Soziologen, dieses Phänomen moderner Gesellschaften typologisch zu erfassen, d.h. ihre unterschiedlichen Erscheinungsformen in den seinerzeitigen Industriegesellschaften in Ordnungen nach typischen Merkmalen zu erfassen.*

*Der heute bekannteste Typ ist die Volkspartei. Sie beherrscht nach wie vor auch die Lehre vom Parteiensystem. Allerdings sind neuere gesellschaftliche Wandlungsprozesse auch am Erscheinungsbild der Parteien nicht spurlos vorübergegangen und haben sie selbst verändert. Was gilt heute, im beginnenden 21. Jahrhundert? Auch wenn sich klare Typologien noch nicht entwickelt haben, so zeichnen sich doch neue Formen ab, die in Politikwissenschaft und schulischer politischer Bildung Aufmerksamkeit finden sollten.*

*Die Herausgeber haben deshalb den Kollegen Prof.Dr. Klaus von Beyme gebeten, seine Gedanken in dieser Zeitschrift darzustellen, die er in einem neuen Buch umfassend entwickelt hat.*

Typenbildung ist Generalisierung auf mittleren Erfahrungswerten. Das heißt auch, dass diese Erfahrungen immer wieder überprüft und neu bewertet werden müssen. Eine brauchbare Stadiotypologie der Parteiensysteme kann deshalb nur anhand der sich wandelnden Beziehungen von Parteiliten, Parteimitgliedern und Wählern von Parteien gebildet werden. Führungsstile und Organisationsmuster wandelten sich im 20. Jahrhundert mehrfach. Intervenierende Variablen stellen die Erweiterungen des Wahlrechts und die Tiefe der weltanschaulichen Ausprägung sozialer Spaltungen und Konfliktlinien dar.

## 1. Elitäre Kader- oder Honoratiorenparteien und Massenparteien

Die Zeit bis zur Universalisierung des Wahlrechts um 1918 war geprägt von elitären Kaderparteien oder Honoratiorenparteien. Es gab bereits einige gut organisierte Massenparteien, wie die SPD und andere sozialistische Parteien als Gegenpol. Aber sie blieben von der Führung des Systems mit wenigen Ausnahmen (Ministersozialismus in Frankreich und Italien ohne Engagement der Gesamtpartei) ausgeschlossen. Die politische Klasse benutzte die Kaderparteien, aber die Honoratioren aus den Oberschichten waren nicht nur auf dieses Herrschaftsinstrument angewiesen. Es ist daher kein Zufall, daß die klassische Elitentheorie – die „politische Klasse“ bei Gaetano Mosca und Vilfredo Pareto's „Zirkulation der Eliten“<sup>1</sup> – die Parteien nicht in das Zentrum der Betrachtung stellte.

Mit dem Zerfall des alten Honoratiorenkartells wurde die Vorherrschaft des bürgerlichen Lagers erschwert. Die Schärfe der Klassenkonflikte in Zeiten der nicht konsolidierten Demokratie (Weimarer Republik, Österreich, Finnland) oder der durch extremistische Flügelparteien in einem polarisierten Klassen-Pluralismus wieder bedrohten Demokratie (Frankreich, Belgien) nahm zu. Die Eliten, in Parteien verschanzt, führten die Massenparteien relativ autoritär. Sie bildeten selbst im parlamentarischen System kaum noch den nötigen Minimalkonsens heraus, um die Neutralität des parlamentarischen Verfahrens zu garantieren. Es gab nur gelegentlich lagerübergreifende Kooperation.

## 2. Der Typus Volkspartei

Ende der 50er Jahre kam es zur Entwicklung der Volksparteien. Die internationale Parteiforschung bevorzugt den Einschnitt 1945. Das ist verständlich. Seither gab es überschaubare Daten zur Parteientwicklung und die rasche Konsolidierung der Demokratien ließ rückblickend längere Zeitreihen zu. Dennoch entspricht in der Mentalitäts- und Verhaltensgeschichte das Jahr 1945 keiner grundsätzlichen Zäsur. Die Parteien knüpften weitgehend an Verhaltensmuster der vorfaschistischen Zeit an. Die alte Lagermentalität der Zwischenkriegszeit wurde gelegentlich durch Kooperation überbrückt, wie in Österreich. Aber die Führungs- und Organisationsstile des korporativen Kartells, das 1945 entstand, war den Vorkriegsmustern noch recht ähnlich. In Schweden war dieses Muster mit der Harpsund-Demokratie schon ab 1936 entwickelt worden. Es zeigt sich, daß jede gewählte Zäsur dem Test des Historikers in einzelnen Ländern kaum standhalten kann.

Die Zeitgeschichte ist sich überwiegend einig, daß die eigentliche Zäsur Mitte der 50er Jahre lag. In der Entwicklung von Kunst, Literatur und Architektur wird auch optisch unmittelbar sinnfällig, daß etwa Mitte der 50er Jahre der gewaltige Modernisierungsschub nach 1945 die Denk- und Verhaltensweisen geändert hatte. Ende der 50er Jahre hatten die postautoritären Regime die Demokratie und den Mehrparteienstaat akzeptiert. In Deutschland bereitete sich der Mentalitätswandel vor, der zum Godesberger Programm führte. Die Entlassung der Bundesrepublik in eine partielle Souveränität beschleunigte diesen Prozeß. In Frankreich wirkte das

Ende der 4. Republik 1958 in Richtung einer Veränderung des Parteiensystems. In den Ländern mit größerer Systemkontinuität wird der Strukturwandel in der Parteienlandschaft weniger exakt zu bestimmen sein. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurde aber in den meisten europäischen Ländern der Modernisierungsschub – anfangs als „Amerikanisierung“ denunziert – innerlich nachvollzogen.

Das Verlaufsschema, das die Volkspartei als einen charakteristischen Typ der Entwicklung von Parteien einstuft, soll nicht suggerieren, daß dieser Typ sich in allen Ländern und bei allen Parteien durchgesetzt habe. In Skandinavien hat es die typische Volkspartei nicht gegeben, es sei denn, man subsumierte die dominante Sozialdemokratie unter diesen Begriff. Aber gerade das bürgerliche Lager, das anderwärts Volksparteien zuerst hervorbrachte, hat dies angesichts der Zersplitterung der Mitte und der Rechten nicht bewirkt. Die gesellschaftliche Dynamik schien in allen Ländern ähnlich. Dennoch haben die Prozesse der Individualisierung von politischen Bürgern, die Abkopplung des Individuums von sozialstrukturellen Determinanten und die Entideologisierung unterschiedliche Formen der Parteiorganisation hervorgebracht.

Der Ausdruck „Volkspartei“ wurde als Schimpfwort geprägt und später von Parteien der Mitte zum Ehrentitel umfunktioniert. Die CDU benutzte in der Krise des Jahres 2000 die Formel „eine große Volkspartei wie die CDU“ rituell wie Gebetsmühlen. Äquivalente des Begriffs, die vor allem im deutschen Sprachraum kursierten, waren von rechts: „kontextlose Superstruktur“<sup>2</sup> (Wilhelm Hennis, 1977) bis links: „Omnibusparteien“<sup>3</sup> (Wolf-Dieter Narr, 1977) noch viel abwertender und daher für die wissenschaftliche Analyse unbrauchbar. Die Kriterien für Volksparteien, die Otto Kirchheimer (1965) entwickelt hatte<sup>4</sup>, wurden selektiv und nach Bedarf herausgegriffen<sup>5</sup> (Alf Mintzel, 1984). Kirchheimer hatte seine Gedanken zwar englisch geschrieben, aber deutsch gedacht und überwiegend mit deutschen Erfahrungen illustriert. Nur Anthony Downs<sup>6</sup> (1957) hatte mit dem Terminus „catch all party“ einen Begriff zu bieten, der vor allem die angelsächsische Entwicklung aufnahm.

### 3. Otto Kirchheimers Typ der Volkspartei

Kirchheimers Kriterien umfaßten einen Niedergang der Ideologie, eine Stärkung der Führung und Schwächung der Mitgliedschaft, die Ausweitung der Zielgruppe auf tendenziell das ganze Volk oder wenigstens einen wachsenden amorphen Mittelstand, und die Öffnung der Parteien zu einer größeren Anzahl von Interessengruppen. Diese Kriterien wurden zu Spielbällen in ideologisch gefärbten Auseinandersetzungen.

Eine Weile schien die Volksparteidiskussion eine deutsche Angelegenheit zu sein, die weder in romanischen noch britischen oder skandinavischen Zusammenhängen Sinn machte. Nur die Benelux-Staaten und Österreich zeigten ähnliche Tendenzen. Das Konzept war am besten anzuwenden in Ländern, in denen eine starke Christdemokratie einer starken Sozialdemokratie gegenüberstand. Der Begriff der „catch-all party“ war problematisch in Ländern des „polarisierten Pluralismus“, ein Typ, der eigentlich nur zwischen den beiden Weltkriegen häufig vorkam

und den G. Sartori<sup>7</sup> (1976) für Italien vorurteilsbeladen noch in den 70er Jahren benutzte – zu Unrecht. In stark fragmentierten Parteiensystemen gab es nicht selten eine Kerngruppe (core of the party system), um die sich konzentrische Kreise der denkbaren Koalitionsfähigkeit legten. In solchen Konstellationen war eigentlich nur diese Kerngruppe „volkspartei-verdächtig“. Parteien mit begrenzter oder keiner Koalitionsfähigkeit konnten nicht dazu gerechnet werden.

Es zeigte sich also, daß Kirchheimers Binnenstruktur-Kriterien für Volksparteien um Variablen aus der Funktion des Parteiensystems und der Regierungsbildung erweitert werden mußten. Nicht alle Indikatoren belegen die Kirchheimer-Thesen. Nationale und weltanschauliche Differenzen der Parteienfamilien waren von Kirchheimer stark vernachlässigt worden. Die spätere Forschung zeigte die Differenzen.

#### 4. Wandlungen und Differenzierungen

Konservative Parteien waren professioneller und weniger auf Mitgliederwerbung aus als die Christdemokraten. Daher war in ihnen die innerparteiliche Demokratie stärker entwickelt als in den „großen Maschinen“. Dieser Befund war paradox, weil die Konservativen zugleich ideologisch rigider schienen als die Christdemokraten und weniger aufgeschlossen gegenüber neuen Politikfeldern auftraten.

Liberale Parteien erwiesen sich vergleichsweise als demokratisch, offen und transparent. Sie hatten kaum Massenorganisationen hinter sich, die als Zubringer-Institutionen (conveyer organizations) dienen konnten.

Agrarparteien, die sich in Skandinavien in Zentrumsparteien umwandelten, kombinierten einen geringen Grad an professioneller Führung mit einer verhältnismäßig großen Mitgliedschaft. Sie waren stark policy-orientiert und weniger auf Ämterwerb aus.

Die Sozialdemokraten hatten die stärksten Wandlungen durchgemacht. Sie zeichneten sich anfangs durch eine starke Führung aus. Die innerparteiliche Demokratie war schwächer als ihre hehren Programmziele vermuten ließen. In der sozialen Zusammensetzung kam es bei ihnen zu den stärksten Umbrüchen. Die Autonomie der Fraktionen mußte mühsam erkämpft werden. Die Christdemokraten hatten von Anbeginn Züge einer Volkspartei. Die Sozialdemokraten hingegen mußten sie sich schrittweise erarbeiten.

Es zeigt sich also im Vergleich, daß es kein Einheitskonzept für alle Parteifamilien in Europa gibt. Dennoch lag die Entwicklung der „Volkspartei“ im Trend und charakterisierte eine ganze Epoche.

#### 5. Ein vierter Verlaufstyp ?

Nicht wenige Parteiwandeltheoretiker beschränkten sich auf drei Stadien. Ist wirklich schon ein vierter Verlaufstyp entstanden, den man „professionalisierte Wählerpartei“ nennen könnte? Das Verhältnis zwischen Führung und Mitgliedern plus Wählern war Grundlage der Klassifikation. Hat sich die Führung in den 90er Jahren wirklich grundlegend gewandelt? Die repräsentativen Manager in der Koordinati-

onsdemokratie haben mehr Hilfe von Stäben und Experten bekommen. Da sich die Spezialisierung der Eliten auf einzelnen Politikfeldern fortsetzte, mußte die Führung ihre koordinatorischen Fähigkeiten ausbauen. Der neue Führungstyp war ein „gewählter Politikmanager“, aber nicht unbedingt ein „repräsentativer Bürokrat“ nach der Klassifikation von Panebianco<sup>8</sup> (1988). Im vierten Stadium der Parteienentwicklung haben sich einige Tendenzen verstärkt, die in der dritten Phase der Volksparteien angelegt worden sind. Der vierte Typ im Verlaufsmodell ist jedoch terminologisch weiterhin umstritten.

International wurde der Terminus „Kartellpartei“ diskutiert<sup>9</sup> (Katz/Mair 1994). Er hat den Nachteil, wenig trennscharf zu sein. Die Bezeichnung war auch schon für die Kader- und Honoratiorenparteien der ersten Phase des 20. Jahrhunderts benutzt worden, als das allgemeine Wahlrecht nur in wenigen Ländern eingeführt worden war.

Angesichts dieser verwirrenden Zuordnungsversuche zieht der Verfasser es vor, für die vierte Phase den Terminus „professionalisierte Wählerpartei“ zu benutzen, den Panebianco einführte. Dieser Begriff ist wertneutraler als konkurrierende Denunziationsbegriffe, die in der Literatur verwendet werden, wie „Nomenklaturpartei“, ein Ausdruck der von den neuen Populisten lanciert worden ist. Eine neue eschatologische Dimension wurde mit der Nomenklaturpartei verbunden durch die Unterstellung, die heute etablierten Parteien würden einst untergehen wie die kommunistischen Nomenklaturparteien zwischen 1989 und 1991 untergegangen sind. Die Prognose traf bisher nur für einige italienische Parteien ab 1994 zu. Die Voraussage, daß ein völlig neuartiges Parteiensystem in einer „zweiten italienischen Republik“ entstehen werde, wartet noch immer auf ihre Bestätigung.

Weitere Termini sind der Ausdruck „Medienpartei“, der sich auf einen einzigen Aspekt kapriziert. Der Begriff „Rahmenpartei“ bleibt blaß. Er ist allzu sehr auf die organisatorischen Nöte der Grünen zugeschnitten, die von ihren Sympathisanten in der Parteiforschung zur Tugend undefiniert worden sind<sup>10</sup> (Raschke 1993).

Minimalparteien erscheint sogar als irreführender Terminus. „Minimal“ sind die gewandelten Volksparteien vielleicht im Hinblick auf die Mobilisierung ihrer Anhänger. Sie sind jedoch „maximal“ im Hinblick auf die Durchdringung vieler Bereiche von Politik und Gesellschaft mit der Interessenwahrnehmung der Parteien.

Die Parteien der Berufspolitiker förderten die Entstehung einer neuen parteiübergreifenden politischen Klasse. Diese politische Klasse stellt eine privilegierte Transferklasse dar, die durch die „Dieselbigkeit der Revenüen“ (K. Marx) aus dem Staatshaushalt gekennzeichnet ist. Die alte politische Klasse der ersten Phase der Elitenparteien hingegen basierten auf einer relativ einheitlichen Besitz- und Erwerbsklasse. Im vierten Stadium der Parteienentwicklung wurde der Staat von den Führungsgruppen erneut kolonialisiert, aber diesmal über den Parteienstaat, nicht über plutokratische Wirtschaftsmacht oder meritokratische Bildungsprivilegien. Die Universalisierung der höheren Bildung hat den Vorsprung der politischen Eliten vor dem Wählerdurchschnitt relativ klein werden lassen.

Die Parteien im Stadium der Dominanz der Berufspolitiker sind selbstrefentiell geworden. Die Bande zwischen Parteien und Wählern lockerten sich. Partei- und Regierungschefs etablierten zunehmend parteiunabhängige Kommunikationsbeziehungen zwischen sich und den Wählern. Der Prozeß der zur postindustriellen, vielleicht sogar zu einer postmodernen Gesellschaft führte, hat diese Entwicklung der Parteiensysteme mitbedingt.

Mit welchem Jahr will man diesen Prozeß beginnen lassen? Katz und Mair (1994) setzten ihn mit dem Jahre 1970 an. Das ist – wie so manches Ergebnis der empirischen Sozialforschung – pseudoexakt. Es kann kein Ereignis oder Prozeß genannt werden, der diese Zäsur für viele europäischen Parteiensysteme rechtfertigte. Es ist immer unwahrscheinlich, daß neue Epochen mit einer Dekade beginnen, auch wenn viele sich in der Sylvesternacht vornehmen, daß künftig alles besser und ganz anders gemacht werden müsse. Selbst 1945 – ein Jahr mit gewaltigen Umbrüchen – war in der Veränderung der Attitüden und Mentalitäten kein wirklicher Einschnitt. Es schiene mir ratsamer, die Langsamkeit des sozialen Wandels im Parteiensystem durch Offenhaltung der Daten stärker zu akzentuieren.

Der Wandel von der Volkspartei zu neuen Formen wurde vielfach mit der Herausbildung der Postmoderne in Zusammenhang gebracht. Aber auch für die Postmoderne gibt es nur umstrittene Entstehungsdaten. Architekturhistoriker konnten plausibel argumentieren: Die Postmoderne entstand um 1960, weil in diesem Jahr gewisse formale Entwicklungen gehäuft auftraten. Manche Sozialwissenschaftler hingegen bezweifeln, daß es bereits eine postmoderne Gesellschaft gibt, soweit sie nicht voreilig eine „Risiko-“ oder „Erlebnisgesellschaft“ verallgemeinerten. Die Postmoderne entstand zunächst als Idee der Intellektuellen, allerdings auf der Basis einiger Trends, die sich in der sozialen Wirklichkeit abzeichneten. Erst ex post facto werden die Historiker entscheiden, ob diese Trends dauerhaft waren und wirklich ein neues System durchsetzten.

## 6. Die professionalisierte Wählerpartei

Der Wandel zur vierten Phase der Parteien der Berufspolitiker läßt sich zunächst nicht an den sinkenden Mitgliederzahlen ablesen, wenn man die Entscheidung bereits 1970 ansetzt. Katz und Mair (1993) haben<sup>11</sup> mit vielen Daten demonstriert, daß der säkulare Mitgliederschwund der Parteien sich vor allem in den 80er Jahren vollzog und in den 90er Jahren fortsetzte. Die Parteimitgliedschaft änderte sich. Die Mitglieder werden älter und stärker karriere-motiviert. Man tritt einer Partei seltener aus Gründen der ideologischen Solidarität bei als in Zeiten der mobilisierten Massenparteien. Die „Omnibusparteien“, in denen die Mitglieder eine Weile mitfahren, wurde schon in der Ära der Volksparteien von der Linken kritisiert. Am Ende der klassischen Moderne mit ihren Einheitsprinzipien (eine Kirche, ein Beruf, eine Ehe, eine Partei – und das immer alles von der Wiege bis zur Bahre) wurde das Verhältnis der Mitglieder zur Partei instrumenteller. Die Forschung startete zu lange auf die globalen Mitgliederzahlen. Viel Tröstliches für die alten Maschinen konnte immer wieder ausgerechnet werden. Aber man übersah dabei vielfach, daß die permanenten Mitglieder überaltert waren und die neueren Mitglieder einer starken Fluktuation unterlagen. Die Bedeutung der Aktivisten und „militants“ ist im Schwinden.

Die Volksparteien hatten bereits viele der Charakteristika der postindustriellen Parteien entwickelt. Aber die Mitglieder der Volksparteienphase waren noch stärker sozial und weltanschaulich in den alten Großsegmenten der Gesellschaft verankert. Die linke Welle Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in den Parteien hat den

Ausbau der behäbigen Volksparteien mit Eifer bekämpft. Mit dem Scheitern der Linken kam es zur ungehemmten Durchsetzung dieser Prinzipien. In den 90er Jahren wäre die Linke froh, sie hätte es noch mit den alten Massen-Volksparteien zu tun, bei denen man hoffen könnte, durch Mobilisierung und Programmarbeit neue Politikinhalt über die Mitglieder zu lancieren. Die neue Linke aber nahm zum Teil dezidiert Abschied von den großen Massenparteien als die Sozialdemokraten und Sozialisten, die noch zu viele Mitglieder hinter sich hatten, als daß sie auf die Lebenslüge der Massenpartei verzichten konnten.

Die Grünen wurden keine Massenparteien, auch wenn einige Fundamentalisten anfangs vom intellektuellen Erbe der diversen K-Gruppen zehrend, die sie durchlaufen hatten, davon geträumt haben mögen. Von den Grünen wurde behauptet, sie hätten die „professionelle Rahmenpartei“ bereits in Ansätzen praktiziert. Für das Konzept der Rahmenpartei, mit viel Raum für autonome und dezentrale Initiativen, mag das zutreffen. Das „Professionelle“ hingegen hat man an den Grünen eher vermißt und es entwickelte sich erst langsam in der Mitte der 90er Jahre. Die Professionalisierungsidee mußte für eine Partei, wie die Grünen, die jeder Art von Verfestigung der Führung abhold waren, besonders schwer akzeptabel sein. Sicher werden auch künftig die ökologischen Parteien nicht gerade die Vorreiter in der Herausbildung des neuen Typs der Kartellparteien sein. Die Betroffenheitsrituale einer bewegungsnahen Partei sind nicht leicht kompatibel mit der Gewährung von Autonomie an professionelle Politiker.

## 7. Die Begrenztheit jeder Typologie

Die Grenzen der vier Epochen der Parteienentwicklung sind fließend. Jede Epoche umfaßte immer auch Parteien, die vom vorherrschenden Modell abwichen. Die dominanten Parteienmodelle ergaben sich aus einem Lernprozeß, bei dem die Rechte mehr gab als die Linke.

Das Bild der Rahmenparteien mit professionalisierter Leitung ist noch immer weniger klar als bei den anderen drei Typen. Noch immer – auch in den 90er Jahren – stehen archaische Führungstypen, wie die Notablen neben repräsentativen Bürokraten, beraten durch Stabsprofessionelle in und außerhalb der Parteien, nebeneinander. Welche Art von Professionalisierung kennzeichnet die Partei der Berufspolitiker, und ist sie wirklich so neu?

In der Typologie der Parteien wurde schon lange der Typ der bürokratischen Massenpartei von dem der professionellen Wählerpartei unterschieden. Die Bürokratie ist seit den Thesen von Robert Michels (1911)<sup>12</sup>, die vor allem in Italien die Diskussion stark prägten, allzu wörtlich als Parteienbürokratie gewürdigt worden. Michels Prognose von der Herrschaft der Parteibürokratie ist kaum irgendwo in Erfüllung gegangen. Michels hatte bereits behauptet, daß auch die anarcho-libertären Bewegungen den organisatorischen Zwängen des „ehernen Gesetzes der Oligarchie“ nicht entfliehen könnten. Er hielt nichts von Ostrogorskis Vorschlag, dem Dilemma durch Gründung loser Ligen statt bürokratischer Parteien zu entfliehen, weil den anarchischen Organisationen bisher kein neues Organisationsmodell gelungen sei. Paradoxerweise behielt Michels mit seinem Pessimismus für die libertären Or-

ganisationen recht. Bei den Grünen führte der Zwang zur Rotation der repräsentativen Wahleliten am stärksten zur Vorherrschaft der Gruppe der Parteibürokraten, die über Rotation, Einkommensbegrenzungen, Verhinderung von Verselbständigungstendenzen einzelner Parteiführer wachten, aber etwa im Fraktionsmanagement selbst nicht den gleichen strikten Rotationszwängen unterlagen.

Auch im Zeitalter der Massenparteien kam es überwiegend nicht zur Vorherrschaft der Parteifunktionäre. Ostrogorskis (1902)<sup>13</sup> Begriff „Caucus“ erklärte weit besser das Zentrum von Parteiführern, die ihrerseits nicht nur Bürokraten sondern Repräsentanten von Wählern darstellten. Max Weber hat sein Bürokratiekonzept<sup>14</sup> auch an den Parteien getestet. In der SPD hat er immer wieder die „Beamteninstinkte“ beklagt. Dennoch sah er die politisch herrschende Schicht – er vermied es eine zündende Vokabel wie politische Klasse oder Oligarchie in die Debatte einzuführen – differenzierter als ein Gemisch von Führungsqualifikationen, welche die ausdifferenzierten Subsysteme der Gesamtgesellschaft ähnlicher machte, vor allem im Vergleich von Wirtschaftsführung und politischer Führung.

Der Wandel der Parteyentypen ist lange vernachlässigt worden, weil die Entwicklung vielfach durch die Brille einiger Theorien von Michels bis Duverger<sup>15</sup> und Kirchheimer gesehen wurden. Erst in den 1980er Jahren entstand ein neuer Forschungszweig der Party Change-Literatur. Umstritten blieb in ihm das Movens der Entwicklung. Es läßt sich nach Faktoren erst aufschlüsseln, wenn die Bedingungen der Entwicklung mit Programmen und Organisationen beschrieben worden sind.

## 8. Europäisierung nationaler Parteienstrukturen

Die vergleichende Forschung über Westeuropa übersieht gemeinhin noch den uniformisierenden Einfluß der Europäischen Union. Noch sind die Parteien im Europäischen Parlament ohne Infrastruktur in den Mitgliedsländern. Aber die Integration schreitet vor allem im Rechtssystem fort. Die Rechtsprechung beginnt die Wahlsysteme und die Parteifinanzierung zu erfassen. Eine deutsche Partei, wie die PDS, die sich im deutschen Rechtssystem ungerecht behandelt fühlt, beginnt trotz ihrer programmatischen Europaskepsis an die europäischen Instanzen im Namen der Menschenrechte zu appellieren. Die langsame Parlamentarisierung des europäischen Systems wird ebenfalls vereinheitlichende Wirkungen zeigen, die nicht ohne Einfluß auf die Dynamik der nationalen Parteienstrukturen bleiben wird.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. u.a. Peter Hübner, (1967), *Herrschende Klasse und Elite. Eine Strukturanalyse der Gesellschaftstheorien Moscas und Paretos*, Berlin.
- 2 Wilhelm Hennis (1977), *Parteienstruktur und Regierbarkeit*.
- 3 Wolf-Dieter Narr (Hg.), (1977): *Auf dem Weg zum Einparteienstaat*.
- 4 Otto Kirchheimer (1965), *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*.
- 5 Alf Mintzel (1984), *Die Volksparteien*.
- 6 Anthony Downs (1957), *Ökonomische Theorie der Demokratie*.
- 7 G. Sartori (1976), *Parties and Party Systems*.

- 8 A. Panebianco (1988), *Political Parties, Organization and Power*
- 9 P.Katz/P.Mair (Hg.) (1994), *How Parties Organize*
- 10 J.Raschke (1993), *Die Grünen. Was sie wurden, was sie sind.*
- 11 P.Katz/P.Mair (1993), *Evolution of Party Organizations in Europe*
- 12 R. Michels (1911), *Zur Soziologie des Parteiwesens*
- 13 M. Ostrogorski (1902), *Democracy and the Organization of Political Parties*
- 14 M.Weber (1956), *Bürokratie*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen, S. 559-587)
- 15 M. Duverger (1959), *Die politischen Parteien*

## Literatur

- Beyme, K. v.: *Parteien im Wandel*, Opladen 2000.
- Beyme, K. v.: *Parteien in westlichen Demokratien*, 2. A. München 1984.
- Downs, A.: *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968.
- Hennis, W.: *Parteistruktur und Regierbarkeit*, in: W. Hennis/P. Kielmansegg/U. Matz (Hg.): *Regierbarkeit*, Band 1, Klett-Cotta Stuttgart 1977, S. 150-195.
- Katz, R./Mair, P.: *The Evolution of Party Organizations in Europe*. *American Review of Politics*, Bd. 14, 1993: 593-617.
- Katz R./Mair, P. (Hrsg.): *How Parties Organize*. London, Sage 1994.
- Kirchheimer, O.: *The Transformation of West European Party Systems*. In: J. LaPalombara/M. Weiner (Hrsg.): *Political Parties and Political Development*. Princeton, Princeton University Press 1966: 177-200.
- Kirchheimer, O.: *Parteienstruktur und Massendemokratie in Europa, 1953/54*.
- Kirchheimer, O.: *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, PVS 6/1965.
- Lepsius, M.R.: *Parteiensystem und Sozialstruktur*, in: G.A.Ritter (Hg.): *Die deutschen Parteien vor 1918*, Köln 1973.
- Michels, R.: *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, 1.A. 1911.
- Mintzel, A.: *Die Volkspartei*. Opladen, Westdeutscher Verlag 1984.
- Ostrogorski, M.: *Democracy and the Organization of Political Parties*, vol.1, London 1902.
- Panebianco, A.: *Political Parties, Organization and Power*. Cambridge, Cambridge University Press 1988 (ital.: *Modelli di partito*. Bologna, Il Mulino 1982).
- Raschke, J.: *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*. Köln, Bund Verlag 1993.
- Sartori, G.: *Parties and Party Systems*. Cambridge, Cambridge University Press 1976.

